zeiger von Uster

ZRZ Zürcher Regionalzeitungen

Mittwoch, 24. September 2025 | Nr. 221 | CHF 5.00 | AZ 8620 Wetzikon

F-35-Endmontage in Emmen gesichert

Verteidigungsminister Martin Pfister hält am Projekt «Rigi» fest: Vier Jets werden in der Schweiz endmontiert. **Seite 23**

Rettungssanitäter angegriffen

Ein Verletzter, der einen zu Hilfe kommenden Oberländer Rettungssanitäter attackierte, ist verurteilt worden. **Seite 7**

Bürgerliche prüfen Referendum gegen Usters neuen Richtplan

Uster Auf der links-grünen Seite wird in Uster beim Richtplan von einem Geben und Nehmen gesprochen, bei den Bürgerlichen von einer Niederlage. Das Volk könnte das letzte Wort haben.

Christian Brändli

Nach mehrjähriger Arbeit, über 200 – zum Teil wieder zurückgezogenen – Änderungsanträgen und zwei mehrstündigen Parlamentssitzungen hat der Ustermer Gemeinderat am Montagabend den neuen kommunalen Richtplan angenommen. Für die Vorlage waren 19 Vertreter von SP, Grünen, GLP, EVP und Mitte. Auf der anderen Seite sprachen sich die 16 Kommunalpolitiker von SVP, FDP, EDU und BPU dagegen aus.

Die links-grüne Seite betont vor allem die vielen Kompromisse, die auch sie eingegangen sei. Die Bürgerlichen sehen sich als Verlierer – und mit ihnen zusammen Gewerbe, Industrie, Investoren und Steuerzahler.

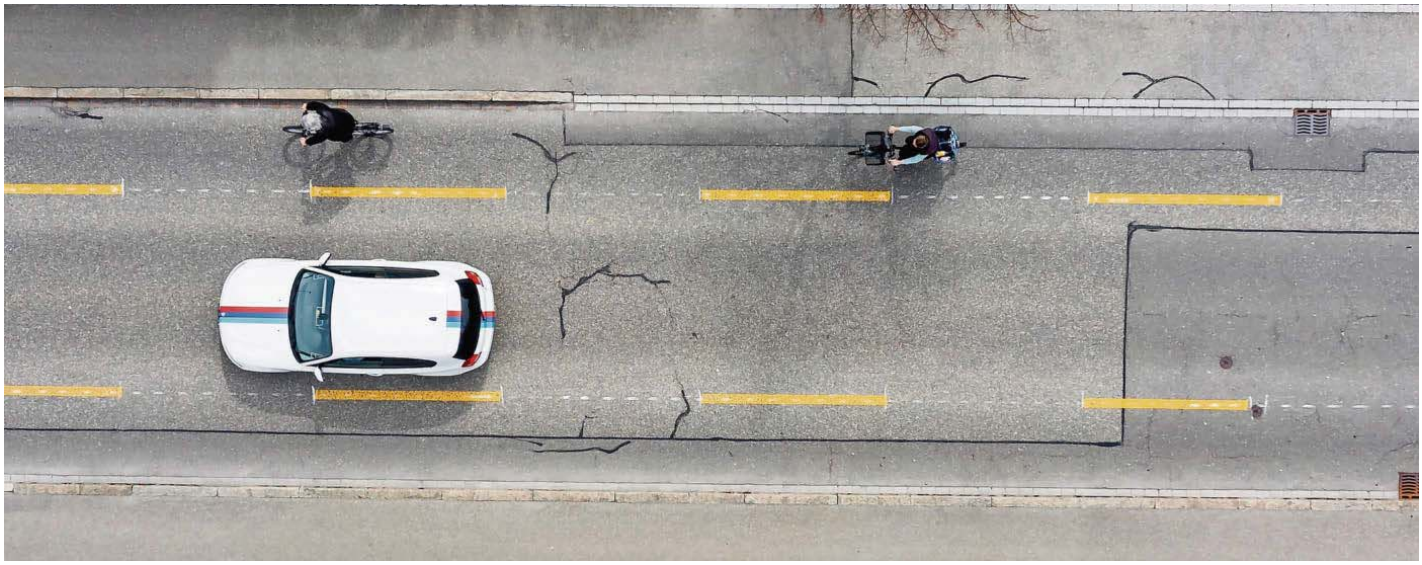
So löse der Richtplan in der Umsetzung enorme Folgekosten aus, etwa beim Wohnungsbau. Das Bauen werde teurer und komplizierter. Und das Auto werde nur noch knapp geduldet.

Dabei konnten die SVP und die FDP am Montag durchaus noch einige Erfolge verbuchen. Behandelt wurde das Thema Mobilität. Als gemeinsamer Nenner kristallisierte sich heraus, dass der Verkehr kanalisiert werden soll, damit die Quartiere entlastet werden. Von einer generellen Einführung von Tempo 30 in Quartieren wird abgesehen. Die Anlieferung fürs Gewerbe muss funktionieren, und ein Parkleitsystem soll ermöglichen, freie Plätze schnell zu finden.

Doch das vermochte die Bürgerlichen nicht zu besänftigen. Sie wollen noch in dieser Woche entscheiden, ob sie das Behördenreferendum ergreifen. Wäre das der Fall, hätte das Volk das letzte Wort zum Richtplan. **Seite 3**

Individualverkehr wird in Uster eingebremst

Uster Autos ja, aber nicht mehr Platz für sie: Bei der Richtplandebatte hat sich im Ustermer Gemeinderat die links-grüne Ratsseite durchgesetzt. Der motorisierte Verkehr soll auf dem Niveau von 2020 bleiben.



2021 wurde auf der Brandstrasse ein Pilotprojekt mit einem Veloweg vorgestellt. Archivfoto: Christian Merz

Christian Brändli

Am Montag stand im Gemeinderat der zweite Teil der Beratungen zum neuen Richtplan an. Nachdem am 1. September schon die Bereiche Siedlung, Landschaft und öffentliche Bauten und Anlagen behandelt worden war, stand nun das emotionale Thema Mobilität an.

Bürgerliche für «Ausgewogenheit»

Auf die Hinterbeine standen die Bürgerlichen in der Frage der Ausgewogenheit der Verkehrsmittel. In der Richtplanversion des Stadtrats wird häufig der motorisierte Individualverkehr übergangen. Gianluca Di Modica (FDP) erklärte im Rat, dass der Individualverkehr nicht einfach verschwinde, indem er nicht erwähnt werde. Und Ulrich Schmid (SVP) meinte, dass das Auto für das Gewerbe unabdingbar sei.

Andres Kronenberg (SP) betonte, dass seine Fraktion für ein Vorgehen «mit Augenmass» sei. Seine Fraktion unterstützte deshalb den bürgerlichen Antrag, rund um den Bahnhof Anknüpfpunkte für Autos vorzusehen. Gleichzeitig mahnte er, dass in der Stadt der Raum beschränkt sei. «Wir wollen den Autoverkehr nicht aus der Stadt verbannen, aber auf dem Stand von 2020 belassen.»

Parkleitsystem geplant

Dieses Einbremsen der Autos zeigte sich bei der Ablehnung der bürgerlichen Anträge, die die Sicherstellung der Zufahrt zu gewerblich genutzten Liegenschaften im Zentrum zum Ziel hatten. Immerhin wird nun aber nach dem Willen des Gemeinderats ein Parkleitsystem eingeführt. Dieses soll es ermöglichen, die freien Parkplätze im Zentrum leichter zu finden.

Wie Bauvorstand Stefan Feldmann (SP) erklärte gibt es dort rund 1000 Abstellplätze. Diese seien gemäss den Daten der Parkhäuser wochentags durchschnittlich zur Hälfte besetzt, samstags zu 70 Prozent.

Zugang für Schwertransporte

Eigentlich wollte der Stadtrat auf verschiedenen Strassen ein Einbahnregime installieren. Jürg Krauer (FDP) wehrte sich im Namen der Bürgerlichen dagegen, da gerade in der Loren oder an der Ackerstrasse die Industrie auf effiziente Logistikwege angewiesen sei. Deshalb wollten die Bürgerlichen eine Fahrspur in jede Richtung festschreiben. Ganz so weit wollte die Linke dann doch nicht gehen. Immerhin ist nun aber klar, dass der Zubringer zu Industrie und Gewerbe auch für Schwertransporte sicherzustellen ist.

Einsichtig zeigte sich der Stadtrat bei der Frage, wo der Durchgangsverkehr fliessen soll. Eigentlich wollte er diesen von sogenannten Sammelstrassen, also den wichtigsten kommunalen Verbindungen, verbannen. Nur die Verbindungsstrassen, die unter kantonaler Hoheit stehen, hätten diesen auswärtigen Verkehr aufnehmen sollen. Diese sind in Uster aber äusserst spärlich gesät. Indem Sammelstrassen wie zum Beispiel die Wermatswiler- oder die Sonnenbergstrasse auch für den Durchgangsverkehr geöffnet werden, würden die Quartiere entlastet, ist die Meinung des Gemeinderats.

Der Stadtrat und die links-grüne Ratsseite hätten auf diesen Sammelstrassen gerne auch Tempo 30 gesehen. Mit Unterstützung der GLP strich aber die bürgerliche Ratsseite diese Möglichkeit aus dem Richtplan. Klar ist jedoch, dass die Sammelstrassen möglichst beidseitig Trottoirs erhalten sollen.

Tempo 30 auf Wunsch

Ein Entgegenkommen der Linken gegenüber den Bürgerlichen gab es bei der Frage von Tempo 30 in den Quartieren. Der Stadtrat hätte gerne eine flächendeckende Einführung dieses Limits. In Uster gibt es laut Feldmann zurzeit 26 grössere und kleinere Tempo-30-Zonen. «Das ist doch ein Flickenteppich.»

Simon Vlk (FDP) meinte, dass solche Verkehrsberuhigungen nur eingeführt werden sollten, wenn sie auch von den Anwohnern gewünscht würden. Das ist bisher die übliche Vorgehensweise gewesen. So musste der Anstoss für Tempo 30 in einem Quartier über eine Petition erfolgen, die von mindestens der Hälfte der Anwohner getragen werden musste. Nach dem Willen des Gemeinderats ist diese Zustimmung der Betroffenen auch weiterhin nötig.

Autos und Velos getrennt unterwegs

In der ursprünglichen Richtplanfassung des Stadtrats ist auf verschiedenen Strassen eine Mischfläche für Autos und Velos vorgesehen gewesen. Aus Sicherheitsüberlegungen bevorzugt der Gemeinderat aber getrennte Spuren. Dies gilt beispielsweise für die Brunnenstrasse oder die Bahnhofstrasse.

Auf der Wermatswilerstrasse soll die Veloinfrastruktur erweitert und auf der Zentralstrasse nach einer allfälligen Abklassierung ein Radstreifen eingezeichnet werden. Die Forderung nach einer zusätzlichen Velounterführung unter dem Bahnhof ging dem Rat aber dann doch zu weit.

Gerade beim Thema Velo zeigte sich aber, wie der links-grün dominierte Stadtrat bei der «Umgestaltung» gehen wollte. Wäre es nach ihm gegangen, hätten die Ustermer nicht nur die «die Vorteile des Velofahrens» kennenlernen müssen, sondern dem Velo zum «beliebtesten und am häufigsten genutzten Verkehrsmittel» in der Stadt verhelfen sollen. Doch diese ideologisch gefärbte Vorgabe wurde schon von der zuständigen Kommission des Gemeinderats als «nicht Richtplan-relevant» gestrichen.

Busse sollen im Sieben-Minuten-Takt rollen

Eine intensivere Diskussion entspann sich nochmals bei der Frage, ob die Stadt sich bei den Verkehrsbetrieben für einen städtischen Bustakt von ungefähr sieben Minuten einsetzen soll. Ursula Räuftlin (GLP) meinte, man solle sich keine Gedanken mehr zum Fahrplan machen müssen.

Der einstige Verkehrsplaner Paul Stopper (BPU) titulierte dieses Ansinnen als «Schnapsidee». Nicht einmal grössere Städte würden einen so dichten Takt kennen. Und Andres Ott (SVP) fragte sich, wer das bezahlen solle. Nur ganz knapp, mit 18 Stimmen aus dem links-grünen Lager gegen 17 aus dem bürgerlichen, findet dieser Passus nun Eingang in den Richtplan.

Was die Fraktionen dazu zu sagen haben, lesen Sie in der Ausgabe von morgen.

Kommentar

Ein Referendum könnte jahrelange Arbeit zunichtemachen

36 Parlamentarierinnen und Parlamentarier, sieben Stadträtinnen und Stadträte, ein Stadtschreiber, eine Protokollführerin und unzählige Kommissionsstunden: Der neue Richtplan der Stadt Uster wurde bis ins letzte Detail verhandelt, Worte wurden abgewogen, Anträge geschrieben, es wurde abgestimmt. Manchmal ging es nur darum, ob «bedürfnisorientiert» oder «angebotsorientiert» im Text stehen soll.

Ein enormer und berechtigter Aufwand für ein Papier, das die Zukunft Usters in den Themenbereichen Wohnen, Verkehr, Landschaft und öffentliche Bauten ordnen soll. In einer Stadt, die wächst und in der Platz knapp wird.

Am Ende redet auch der Kanton über die Machbarkeit mit, etwa wenn es um zusätzliche Fussballfelder und die Bewahrung der Heusser-Staub-Wiese für Fussballvereine geht.

Und nun? FDP, SVP und EDU prüfen nach all den Diskussionen ein Referendum, weil sie Gewerbe und Industrie zu wenig berücksichtigt sehen und günstiger Wohnraum ihnen zu verbindlich erscheint.

Die links-grüne Seite spricht von Spielverderberei: In Uster könne mit dem bereinigten Richtplan höher gebaut werden, damit könnten mehr Einnahmen generiert und somit auch gut ein Teil des Ertrags als günstiger Wohnraum an die Bevölkerung zurückgegeben werden. Zudem habe man Zugeständnisse und Kompromisse gemacht. Zum Beispiel stehen jetzt viele Forderungen wie durchgehende Velorouten oder flächendeckendes Tempo 30 nicht mehr in der aktuellen Vorlage.

Nun hängt das Referendum wie ein Damoklesschwert über dem bereinigten Richtplan. Droht also trotz all den Mühen der Rückfall ins Jahr 1986, als der letzte Richtplan in Uster in Kraft getreten war? Im Falle eines Referendums müsste sich die interessierte Stimmbevölkerung durch Berge von Detailanträgen wühlen – 87 Seiten gibt es allein zur Mobilität.

Der Stadtrat könnte im Falle eines Referendums eine Art Joker ausspielen und einen Gegenvorschlag vors Volk bringen. Dieser bestünde aus dem ursprünglich vorgelegten Richtplan, ohne all die besprochenen Anträge. Da wäre zum Beispiel auch die zugestandene Heusser-Staub-Wiese als Fussballplatz nicht mehr drin.

Die Gefahr ist real, dass politische Taktik den jahrelangen Aufwand zunichtemacht und die eigentlichen Zukunftsfragen unter sich begräbt. Zumal 2026 in Uster gewählt wird. Schon jetzt wirkt manches, was im Richtplan verhandelt wird, wie vorgezogenes Wahlkampfmaterial – und weniger wie eine sachliche Debatte über die Zukunft der Stadt.

Kurz: beeindruckender Aufwand und sichtbare kollegiale Zusammenarbeit – und zugleich steht im Raum, ob am Ende dennoch politische Taktik und Referendumsdrohungen die eigentlichen Zukunftsfragen überlagern. Ob das fair ist gegenüber der Bevölkerung, die sich womöglich auch noch durch das detaillierte Material durcharbeiten müsste, bleibt die drängende Frage.

Eleanor Rutman
Redaktorin